

QUARTALSBERICHT

Projektland: Bolivien

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Zunehmende Verschlechterung der politischen Lage**
2. **Konsequenzen der Benzinkrise (“gazolinaso”)**
3. **Ehemaliger Antidrogenchef in Panama verhaftet**
4. **Sozialer Aufruhr aufgrund hoher Inflation**
5. **Parlamentarische Opposition in Bolivien**
6. **Bolivien bittet Chile um schriftliche Stellungnahme zum Meerzugang**
7. **In- und Auslandsverschuldung des Staates**
8. **Lagebericht zur Präsidentschaft von Evo Morales**

Politische Entwicklung

1. Zunehmende Verschlechterung der politischen Lage

Der Beginn des Jahres 2011 markierte einen Wendepunkt im laufenden Veränderungsprozess des Landes. Die Regierung verlor die bedingungslose Unterstützung ihrer Stammwählerschaft und begann einen äußerst komplizierten Prozess der internen Selbstkritik. Die steigende Inflation sowie die anhaltende Lebensmittelknappheit führen zu immer häufigeren Sozialprotesten, und die Regierung spricht daher zunehmend von einem Zustand der Unregierbarkeit. Das bolivianische Volk, in seiner ganzen politischen Vielfalt, lehnt sich gegen die raren und teuren Grundlebensmittel auf, vor allem, da sich laut Regierungspropaganda angeblich massenhaft Geld in der Staatskasse befindet.

Innenpolitik

2. Konsequenzen der Benzinkrise

Die Benzinkrise im Dezember des Vorjahres hinterließ einen bitteren Beigeschmack bei der bolivianischen Bevölkerung und führte zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen aufgrund der massiv angestiegenen Preise.

Während der amtierende Präsident Evo Morales im Jahr 2009 noch 67% Zustimmung feiern konnte, so ist diese Ziffer im Moment nur eine blasse Erinnerung. Seine Politik zeichnet sich weiterhin durch Konfrontation und Provokation aus, es mangelt an breiter Unterstützung sogar unter den traditionellsten Regierungsbefürwortern. Die Benzinkrise führte dazu, dass das Diskussionsklima verbessert und diverse Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Umständen angepasst wurden.

Obwohl die Benzinpreise wieder auf das Niveau von vor der Krise herabgesetzt wurden, leidet die bolivianische Bevölkerung weiterhin unter den extrem hohen Lebensmittelpreisen. Eine Arbeiterfamilie gibt derzeit rund 60% ihres Einkommens für Lebensmittel aus.

3. Ehemaliger Antidrogenchef in Panama verhaftet

Der ehemalige Direktor des bolivianischen Antidrogen-Sonderkommandos (FELCN) und derzeitiger nationaler Geheimdienstchef, René Sanabria, wurde in Pánama verhaftet. Er befand sich im Besitz von 60 kg Kokain. In diesem Zusammenhang wurden zudem fünf weitere Polizisten sowie ein Drogenhändler verhaftet.

Dies ist nicht der erste Fall von Drogenhandel, in den hochrangige Beamte verstrickt sind, jedoch ist es der bisher komplizierteste für die amtierende bolivianische Regierung. Sanabria wurde nämlich an die USA ausgeliefert und wartet dort auf sein Strafverfahren. Bisher hat sich niemand aus Regierungskreisen zu diesem heiklen Fall geäußert. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass im Laufe des Verfahrens gegen Sanabria einige Dinge ans Tageslicht geraten werden, die die Regierung Morales in eine unangenehme Situation bringen könnten.

4. Sozialer Aufruhr aufgrund hoher Inflation



Wenn man der Propaganda der Regierung Glauben schenkt, so sind die Kassen der Zentralbank sowie der Handelsbank prall gefüllt. Günstige internationale Rohstoffpreise, vor allem für Mineralien und Energieträger, gepaart mit höheren Steuern auf eben diese Güter, verhalfen der Regierung zu immensen Einnahmen. Es erscheint jedoch merkwürdig, dass trotz dieses vermeintlichen „Reichtums“ eine chronische Knappheit an den notwendigsten Grundlebensmitteln herrscht. Selbst für die traditionelle Nationalspeise „Sopa de Maní“ werden 70% der Zutaten importiert.

5. Die Parlamentarische Opposition in Bolivien

Die Unzufriedenheit über die Lebensmittelknappheit führt zu einer zunehmenden Politisierung der Bürger. Es ist an der Zeit, ein neues politisches Projekt auf die Beine zu stellen, welches die wahrhaftigen Probleme und die Hoffnungen des bolivianischen Volkes aufnimmt, ohne Demagogie. Es werden die besten Fachleute benötigt, die die Fähigkeit besitzen, das Land nach vorn zu bewegen und Alternativen zum derzeitigen Wirtschaftsmodell zu erarbeiten.

Die parlamentarische Opposition befindet sich in einer tiefen Krise aufgrund der Abwesenheit einer Führungsfigur. Seit dem sich Manfred Reyes Villa ins freiwillige Exil begab, ist es der Opposition nicht gelungen, Einigkeit zu demonstrieren. Ihr aktuelles Auftreten ist beschämend, vor allem für die Leute, die der Opposition in der letzten Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Den wenigen Parteien und Bürgerrechtsorganisationen, die auf nationalem Niveau tätig sind, mangelt es an Führungsqualitäten; viele erwecken zudem auch Misstrauen in der Bevölkerung und haben ein schlechtes Image.

Es ist ein guter Moment, um die Aus- und Fortbildung einer jungen Generation von Politikern und sozialen Akteuren intensiv zu fördern, mit der Hoffnung, dass diese in einer nahen Zukunft die Staatsgeschäfte positiv beeinflussen und sinnvoll führen können. Leider mangelt es an neuen Ideen, die weder das alte politische Projekt „pre-

2003“ widerspiegeln noch die aktuelle radikale gesellschaftliche Umstrukturierung, wie sie Präsident Evo Morales vorsieht.

Außenpolitik

6. Bolivien bittet Chile um schriftliche Stellungnahme zu Meerzugang

Nach sechsjährigen Verhandlungen über das Thema der Rückgabe eines Meerzuganges zum Pazifik, macht sich langsam Unruhe breit in der bolivianischen Regierung, da bisher keine Erfolge erzielt werden konnten. Im Pazifikkrieg des Jahres 1879 verlor Bolivien seinen Küstenzugang (Hafen von Antofagasta et al.) an Chile und wurde dadurch zum einzigen Binnenland Südamerikas degradiert. Dieses äußerst heikle Thema scheint in der Agenda des chilenischen Präsidenten Piñera keinen Platz zu finden, während seine Vorgängerin Bachelet noch eher Verhandlungswillen zeigte.

Die bolivianische Regierung bat um eine schriftliche Stellungnahme seitens der Chilenen zu diesem Thema bis zum 23. März dieses Jahres; wie zu erwarten war, blieb die Antwort aus. Daher änderte Evo Morales seine Strategie; er möchte nun beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen Chile einreichen.

Nachdem die bisherigen Aufrufe der Bolivianer verhallen, könnte der nächste Schritt Chile eventuell Probleme einbringen. Aufgrund des internationalen Images von Evo Morales als indigener Präsident könnte das Ansuchen ernst genommen werden.

Wirtschaftliche Entwicklung

7. In- und Auslandsverschuldung des Staates

Die Inlandsverschuldung des Staates wuchs durchgehend in den letzten fünf Jahren, jedoch praktisch ausschließlich in Landeswährung. Die offiziellen Zahlen der Zentralbank zeigen, dass die Inlandsverschuldung des Jahres 2010 4,587 Milliarden USD beträgt, also rund 31% des BIP, während es 2005 nur 24% waren. Die Auslandsverschuldung hingegen fiel auf 15% des BIP im Jahr 2009, mit einer Summe von 2,94 Milliarden USD, ein beträchtlicher Unterschied zum Jahr 2003, in dem die Ziffer noch 64% des BIP betrug.

8. Lagebericht zur Präsidentschaft von Evo Morales

Die derzeitige wirtschaftliche Ungewissheit verlangt nach Taten und Maßnahmen anstatt bloßer Information. Der Bericht des Präsidenten vom 22. Januar bot eine enorme Anzahl von Daten, damit keine Beschwerden wegen Informationsmangel aufkommen würden.

Während das Land auf eine Stellungnahme seines Staatsoberhauptes zur Lage der Nation hoffte, sowie zur zu erwartenden Inflation und einem möglichen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik, wurde stattdessen eine Flut von Statistiken publiziert.

Die wichtigste Neuigkeit aus dem Bericht ist die Priorität, die der nationalen Wirtschaft gegeben werden soll. Es bleibt zu hoffen, dass dies ein zentraler Aspekt der Regierung werden wird. Dies ist absolut notwendig, um die Lebensqualität des bolivianischen Volkes zu steigern und die tiefsitzende politische Polarisierung zu überwinden.

Die ökonomische Stabilität der letzten fünf Jahre muss als Basis dienen, um in Zukunft ernsthafte, realistische und weitreichende Maßnahmen und Projekte umzusetzen, welche die Produktivität des Landes steigern. Dank der vorteilhaften internationalen Rohstoffpreise hat die Regierung außerdem eine liquide Staatskasse. So werden die 10 Milliarden USD an internationalen Reserven erklärt, ebenso wie der Haushaltsüberschuss und die Handelsbilanz der letzten Jahre.

Der Präsident verwies auf eine solide Makroökonomie, welche größtenteils durch die positiven internationalen Marktkonditionen zustande kam, jedoch auch durch diverse Regierungsmaßnahmen.

Dr. Mariella Franz

Der Autor ist Büroleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in La Paz, Bolivien

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Ariel Benavides, Stv. Projektleiter

IMPRESSUM

Erstellt: 06.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: izj@hss.de | www.hss.de